

# Die Eiche

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 33

Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postsendungen sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 33, Greifswalderstr. 222.

Ulm a. D., den 15. Aug. 1919

Ständige Redaktionen sind zu richten an: 111, Spinnmännstr., Berlin N. O. 33, Greifswalderstr. 222. Postfachkonto 34321 beim Postamt Berlin N. O. 7.

30. Jahrgang.

## Die Zukunft der deutschen Sozialpolitik.

Von Adolf Hahn, Stuttgart.  
Es ist schwer, da die Gegenwart auf uns allen lähmend lastet, von der Zukunft zu reden, sei es von der Zukunft unseres Staats- und Wirtschaftslebens im allgemeinen, sei es von der eines seiner Einzelgebiete. Wenn wir trotzdem versuchen wollen, wenigstens in ganz allgemeinen Umrissen, einen Überblick über die künftige Gestaltung der deutschen Sozialpolitik zu gewinnen, so geschieht es deshalb, weil wir davon überzeugt sind, daß gerade sie einen wesentlichen Bestandteil des deutschen Staats- und Wirtschaftslebens bisher schon gebildet hat und auch weiterhin bilden wird.

Wir haben es manchmal während des Krieges und schon früher mit Stolz ausgesprochen, daß Deutschland in sozialpolitischer Hinsicht an der Spitze aller Kulturstaaten stehe. Das war zweifellos richtig. Ebenso richtig ist leider die Tatsache, daß viele Kreise in unserem Volk Sozialpolitik nicht aus innerem Wissen heraus und um der Sache selbst willen, sondern aus Berechnung und mit allerlei Nebenabsichten getrieben haben. Daß sich eine Sozialpolitik dieser Art nicht „bewährt“, ist nicht weiter zu verwundern, eine Sozialpolitik, bei der man denen, für die sie bestimmt sein soll, fortwährend vorrechnen: jezt habt ihr das und dies und jenes bekommen, und nun seid ihr immer noch nicht zufrieden. Doch es wäre unrecht, wollte man verkennen, daß neben solcher Pseudo-Sozialpolitik im deutschen Volk und Staat in den hinter uns liegenden Jahrzehnten viel echte, ernste, ehrliche Sozialpolitik getrieben wurde, die tief innerlichem, deutschem Gewissensernst und deutschem Gemeinheitsgefühl und Verantwortungsbewußtsein entspringen ist. Diese Art von Sozialpolitik stellt ein Stück deutscher Kultur dar und sie muß darum trotz aller äußeren Hemmnisse und Schwierigkeiten in die Zukunft hinüber gerettet werden, genau so, wie die deutsche Sprache und das deutsche Schrifttum.

Daß die Schwierigkeiten, die dem entgegen stehen, sehr große sind, wissen wir. Um Sozialpolitik treiben zu können, ist ein gewisser Wohlstand nötig, aus dem die äußeren Mittel zur Durchführung der einzelnen Maßnahmen geschöpft werden können; wir aber werden in Zukunft ein armes Volk sein. Nicht weniger wichtig als die materiellen Mittel sind für die Durchführung einer tatkräftigen Sozialpolitik die geistigen Kräfte und Gefinnungswerte, die für sie die Voraussetzung und den Unterbau bilden. Und auch sie scheinen nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit vielfach und zwar in allen Volksteilen, zu fehlen. Wenn wir trotzdem an der Weiterentwicklung festhalten, daß die Sozialpolitik in der deutschen Zukunft ihre Stelle haben wird und muß, so entspricht dies dem Glauben an die Unzerstörbarkeit und Unentbehrlichkeit der ihr innewohnenden sittlichen Werte.

Dieser Glaube, der einem ernsten, ehrlichen Idealismus entspringt, ohne den es jetzt weniger denn je, möglich ist, Dessenkämpfe, und Volksarbeit zu treiben, trägt uns keineswegs den Blick für das praktisch Notwendige und Erreichbare auf sozialpolitischem Gebiet, sondern scharft diesen vielmehr. Es hat zur Zeit gar keinen Sinn ein noch so schönes Programm von uns Einzelne gehenden sozialpolitischen Forderungen aufzustellen, zu deren Durchführung uns doch die Mittel und Kräfte fehlen. So viel aber wird im allgemeinen gesagt werden können: Soll die deutsche Sozialpolitik erhalten u. weitergeführt werden, allen Schwierigkeiten der Zukunft zum Trotz, so muß sie vereinfacht und verallgemeinert werden.

Der Grundgedanke, daß mit möglichst geringen äußeren Mitteln möglichst günstige Wirkungen erzielt werden müssen, wird wie auf allen Gebieten des Staates, so auch auf dem der Sozialpolitik zur Durchführung gelangen müssen. Ebenso aber, wie jede Vergeudung von Mitteln ist jede Vergeudung von Kräften zu vermeiden. Darum sind alle unnötigen Scherereien bei der Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen, die diese oft genug bisher den Beteiligten selbst verfehlten, gründlich zu beseitigen. Darum ist auch, um jede Zersplitterung der Kräfte zu verhüten, eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung aller sozialpolitischen Einrichtungen zu fordern. Im engsten Zusammenhange damit steht endlich die Forderung der möglichst weiten Ausdehnung des Kreises derjenigen, denen diese Einrichtungen zugute kommen. Lange Zeit hindurch war die Meinung verbreitet, als ob ausschließlich die industrielle Arbeiterschaft Gegenstand der sozialpolitischen Gesetzgebung sei. Allmählich erweiterte sich der Kreis durch das Hinzutreten der Privatangestellten und der Beamten. Heute werden wir uns vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die Wirksamkeit der staatlichen Sozialpolitik auch auf den selbständigen Mittelstand auszudehnen, der vielfach unter den Bedingungen des Krieges ganz besonders schwer gelitten hat. Arbeit und Angestellte, in der lebhaftesten Interesse an der Erhaltung unserer sozialpolitischen Einrichtungen haben, können eine solche Ausdehnung des Wirkungsbereiches dieser nur begünstigen. Da nämlich die deutsche Industrie künftig keinesfalls Arbeitskräfte im früheren Umfang wird beschä-

bigen können, ist die Lebens- und Leistungsfähigkeit unserer sozialpolitischen Einrichtungen nur dann gesichert, wenn diese auf möglichst breite Grundlage gestellt werden, wie das eben durch die Einbeziehung des selbständigen Mittelstandes geschehen kann.

Im übrigen wird sich die deutsche Sozialpolitik wohl auch künftig in die drei Gruppen der sozialen Fürsorge (Versicherungswesen), des sozialen Schutzes (Unfallversicherung, Frauen-, Jugend-, Schul- usw.) und des sozialen Rechts (Standesvertretungen, Standesgerichte usw.) gliedern. Zunächst allen drei Gebieten bestehen unmittelbar lebendige Wechselwirkungen. Auf allen dreien warten unser angemein wichtige Aufgaben, warten unser aber auch durch die Zeitverhältnisse bedingte, fast unüberwindlich scheinende Zukunftsschwierigkeiten. Soll es doch gelingen, sie zu überwinden, so gilt es ebenso den Spielbürgergeist zu bekämpfen, dem jede ernsthafte Auseinandersetzung mit neu auftauchenden Problemen ein Greuel ist, wie jenen kindlich eigensinnigen, rabiaten Kapitalismus, der da meint, an unserem ohnehin schon todwunden Wirtschaftskörper erst alles vollends kurz und klein schlagen zu müssen, damit dann — vielleicht — etwas ganz Neues, Besseres, wunderhübsches Uebermensliches entstehen könne. Nur durch stille, feste, starke Arbeit selbstloser, zielbewusster, weisbildender, warmherziger Menschen, eine Arbeit die nicht zum geringsten Teil auch soziale Bildung ist, wird es an allen Bevölkerungsschichten werden müssen, kann die deutsche Sozialpolitik zum Wohl und zum Segen für die Volksgemeinschaft gestaltet werden.

## Der Sozialisierungsgedanke und die deutsche Industrie.

Von Professor Adolf Güntzer, Berlin.

(Schluß.)  
Wie steht es aber mit dem Wiederaufbau der Industrie auf genossenschaftlicher Grundlage? Diese kann in doppelter Weise gegeben sein. Soweit es sich um die freie Vereinigung der Berufs-genossen aus selbsttätiger Organisation der Interessenten handelt, liegt nicht eigentlich ein sozialistischer Gedankengang vor. Selbst wenn es anzunehmen ist, daß der Staat sich in diese Entwicklung einmengt, um sie bestimmten gemeinsamen wirtschaftlichen Grundsätzen anzupassen, muß die kapitalistische Grundlage nicht verlassen, sondern an der geschichtlichen Entwicklung der Industrie angeknüpft werden. Es ist also ein sozialistisches Experiment nicht gegeben. In anderen Stellen ist Gelegenheit, uns mit Plänen dieser Art, mögen sie von Rathenau oder anderen ausgehen, auseinander zu setzen. Hier, wo es sich um die Grenzziehung zwischen Kapitalismus und Sozialismus handelt, steht nur jene genossenschaftliche Durchführung des Industriesystems zur Besprechung, die mehr und mehr von der kapitalistischen Basis abführt, die mindestens den Zwangscharakter mit der eigentlichen sozialistischen Forderung gemein hat. Am Wege liegt hier gewissermaßen die populärste Form einer Sozialisierung, die Unternehmung der Arbeiter. Die nicht zahlreichen Beispiele einer Verbindung von kapitalistischen und produktivgenossenschaftlichen Unternehmungsformen (s. B. C. Zeiß, Jena.) knüpfen fast alle an Spezialinstitute größerer Leistungsfähigkeit, nicht selten sogar an eine monopolartige Stellung an. Man kann also ihre sozialpolitischen Leistungen schwerlich verallgemeinern. Auch die Gewinnbeteiligung von Angestellten und Arbeitern, die auf den ersten Blick beachtlich und manchen die Lösung den ersten Blick besticht und manchen die Lösung schon Kapitalismus u. Sozialismus zu sein scheint hat bisher nirgends eine unbedingte Bewährung gefunden. Vollends muß gerade der zitierte sozialistische Blick jede isolierte Sozialisierung einzelner Unternehmungen vor allem einer solchen durch die eigenen Arbeitskräfte grundsätzlich ablehnen.

Was könnte dabei heraus? Eine Zeitlang scheint die Maschinenindustrie „sozialisiertem“ Betriebes zu funktionieren, zumal wenn noch stille Reserven und Kriegsgewinne vorhanden sind. Da — im Sinne früherer Ausführungen — die Unternehmertätigkeit im Kriege einfacher u. freier vom Risiko sich abspielt als vorher, scheint der Unternehmer selbst fürs erste entbehrlich zu sein. Man läßt ihn einfach spazieren gehen. Bedingt es aber noch einer Ausführung, daß schon die erneute Umstellung auf Friedensaufgaben des Zugriffs und der Unterordnung bedarf, geschweige denn die so sehr schwierige Anpassung an die neue Rohstoff- und Marktfrage? Wie dann, wenn an Stelle eines Gewinnes Verluste zu buchen sind, in die sich hingemüht die Arbeiter teilen müßten. Die Reichsregierung ist in der Begründung zu Art. 34 a, der das Räteystem in der Verfassung verankern soll, mit voller Entschiedenheit jeder wilden Sozialisierung im erwähnten Sinne entgegengetreten. Es bedarf zentraler Verhandlung auch in allen sozialen Fragen. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind hierfür zuständig und die Gewinnbeteiligung mag nur eine (ziemlich untergeordnete) Rolle im Lohnsystem spielen. Sie ist kein Hebel, dessen sich die Sozialisierung be-

dienen könnte. Auch von einer hin und wieder im Arbeiterinteresse geforderten Verkleinerung des Nominalwertes der Aktien hat sich die Sozialisierung nichts zu versprechen. Das folgt schon aus der Ausführung, die oben über die Scheidung von Besitz und Leitung der Unternehmungen gemacht wurde. Was hätten die Arbeiter auch schließlich davon, wenn sie als Lohnempfänger und als Kleinaktionäre Unternehmern gegenüberstehen würden?

Sogar die Solidarität des Proletariats, die der Sozialismus mit Recht unter allen Umständen wahrhaftig, ersicht gefordert. Der Konsumgenossenschaftliche Gedanke bleibt in seiner dem Kleinergewerbe angepaßten Sphäre unbedingt fruchtbar. Er gebiert aus sich heraus auch genossenschaftliche Unternehmungen, die aber doch in ihrem Wirkungsbereich beschränkt sind und die grundsätzlich anders zu beurteilen sind als die gleichgerichteten Versuche innerhalb der Großindustrie. Mit Wilbrandt von hier aus eine sozialisierende Wandlung des gesamten Wirtschaftslebens zu erwarten, geht schwerlich an. So bleibt als Ergebnis der bisherigen Ausführungen ein Doppeltes bestehen.

Überführung von Monopolunternehmungen (des Bergbaues usw.) ist so wenig ein Ausfluß der sozialistischen Stimmung unserer Zeit, wie der Ausbau des Genossenschaftsgedankens innerhalb der Kleinergewerbe ein eigentlich sozialistisches Experiment enthält. Erst, wenn der Sozialismus auf die Sphäre der Industrie im eigentlichen Sinne übergreifen würde, könnte von Sozialisierung schließlich die Rede sein. Den Bergbau und das Elektrizitätswesen haben wir aber nicht im Sinne wenn wir von Industrie sprechen, wie den Betrieb des Bäckers und des Fleischers. Schon die Gewerbestatistik macht zureichende Unterschiede. Für uns ist Industrie und vor allem das mit dem Weltmarkt verbundene, teilweise aus fremde Rohstoffe angewiesene, hochqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigende Weiterverarbeitungs- und Veredelungsgewerbe. Hier liegen die Erzeugungs- und Marktwirtschaften nicht so einfach wie beim Bergbau, der auch von diesem Standpunkt die Bergesellschaftung ermöglicht, die als Überführung in genossenschaftlichen Betrieb aus dem gleichen Grund theoretisch auch beim Bäcker und Fleischer möglich ist.

Treffen wir hier, um die Möglichkeit einer Sozialisierung zu prüfen, eine Untercheidung in Unternehmen, die mit dem Bergbau weitgehende Konzentration und auch schon eine gewisse monopolartige Vorzugsstellung gemein haben (chemische Industrie, usw.) und solchen, die mehr isoliert standen und ihre Aufgabe vornehmlich in Spezialität und weitergehender Anpassung an den Markt suchten (Maschinenindustrie, soweit nicht mit Hütte und Zeche vereinigt.) Im ersten Fall kann die Gemeinwirtschaft manche Gründe für sich geltend machen, die schon dem Bergbau gegenüber Erwähnung fanden und es fragt sich nur, ob der gegenwärtige Zustand den sozialistischen Zugriff noch in gleichem Maße gestattet, wie das vor dem Kriege der Fall gewesen wäre. Im zweiten Falle ist der Abstand zwischen kapitalistischer Tatsache und sozialistischer Erwartung von vornherein ein viel größerer, er ist sogar so groß, daß für die Gegenwart eine Sozialisierung bereits technisch vielfach als ausgeschlossen gelten muß. Aber auch gegenüber den Unternehmungen der ersten Art sind Bedenken rein sachlicher Natur vorhanden, die jeden unbedingten Schritt verbieten. Vor allem: Was ist es, das mit und in einer Unternehmung heute sozialisiert wird? Das fixe, feststehende Kapital zunächst, das, in Folge der Kriegsgewinne, abgeschrieben, Gebäude Anlagen, Werkzeuge mit 1 Markt im Buche stehend, dann, durch die Lohnauszahlung der Übergangszeit sehr stark gemindert, bares Geld, — schon weniger greifbar Forderungen u. Guthaben. Daneben aber auch Verpflichtungen aller Art, die z. T. erst nach erfolgter Umstellung auf den Friedensbetrieb in Erscheinung treten werden, Reparaturen, Abschreibungen, Rohstofferneuerung.

Etwas, was die Unternehmung früher als besonders wertvollen Besitz verzeichnete hatte, ist im Kriege und in der Revolution vielfach verflüchtigt: die Verfügung über einen zuverlässigen eingearbeiteten wohl auch mit den Werken innerlich verbundenen Angestellten- und Arbeiterstamm. Dazu Patente und sorglich gehütete Betriebsgeheimnisse, die aber heute oft genug im feindlichen Ausland bekannt sind. Darüber hinaus ist nicht mehr viel. Dies alles könnte ohne allzu große technische Schwierigkeiten sozialisiert werden. Aber es greift das nicht in sich, was wir unter einer Unternehmung verstehen. Außerdem steht besonders der Kredit, der „gute Kaufmannswechsel“ Warburgs, den der Staat mindestens in seiner heutigen Kreditfähigkeit niemals ersetzen kann. Dazu die Summe von persönlichen und sachlichen Beziehungen die den Unternehmer mit Lieferanten und Abnehmern verbinden, die auch heute noch ins neutrale und selbst ins feindliche Ausland hinüberspielen. Schließlich technische, kaufmännische Vorzüge, die durch Sozialisierung nicht ohne weiteres übernommen werden können, kurz, die ganze immanente Zukunftsentwicklung der Unternehmung, die Summe begründeter Erwartungen und Hoffnungen, die auf Wiederaufnahme der alten Friedensarbeit gesetzt werden können. Werden man

sie heute, wo sie latent (schlummernd) vorhanden sind, zu entschädigen unternehmen, so müßte der Staat eine ungeheure Last auf sich nehmen und hätte nichts dafür. Es gilt sehr zu bedenken zwischen dem, was dem Zugriff der Allgemeinheit unterliegt und dem vielfach Ideellen, was abseits liegen bleiben würde. Und gerade eine Entwicklung, die sich gegen die Mechanisierung des kapitalistischen Systems stemmt, müßte dies gelten lassen.

Wir greifen zum Ausgangspunkt zurück und betonen, daß das Sozialisierungsproblem eine harte und nüchterne Aufgabenstellung enthält. Wohl mag eine sozialistisch sehr entschieden beeinflusste privatwirtschaftliche Entwicklung sich innerwirtschaftliche Gesichtspunkte aneignen, das wäre aber nicht das Ergebnis der Sozialisierung. Für diese gilt es zu prüfen, ob sie selbst schöpferisch tätig war und die Triebkräfte des Kapitalismus ersetzen könnte. Sie mag sich dabei in einem früher erwähnten Sinne gewisse Unternehmerrfunktionen zu erhalten und so einem zu schroffen Übergang aus einem System ins andere zu steuern versuchen. Aber es scheint, daß schon die Monopolunternehmungen vor allem der Bergbau genug Gelegenheit und hinreichend Risiko für derartige experimentell zu schaffende Zwischenstufen zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft darbieten.

Innerhalb der eigentlichen Industrie müßte demgegenüber wieder eine Annäherung an den hochkapitalistischen Zustand vor dem Kriege erfolgt sein, bevor der Sozialismus versuchen könnte, als Erbe (und, wie man hinzufügen darf: als Schiller) des vorgelagerten Systems seine Fähigkeit zu entwickeln. Einstweilen müßte das Kapital mindestens den Vorzug zugebilligt erhalten, ungestört weiter zu arbeiten, gleichgültig wenn einmal die Früchte in den Schoß fallen, solange noch Kapital und Unternehmungsgeist vorhanden ist.

## Der Arbeitsmarkt im Juni 1919.

Nach dem des Reichsarbeitsblatt vorliegenden Bericht sind die Säge- und Hobelwerke gut beschäftigt. Aus der Parkettindustrie ist eine Verbesserung gegen den Vormonat gemeldet. Die Fabriken für Massenerzeugung von Fenstern, Türen, Kacheln, Eisen, Rindern- und Gartenmöbeln haben im allgemeinen „ziemlich ausreichend“ zu tun. Man glaubt auch hier eine geringe Verbesserung gegen den Vormonat feststellen zu können. Die Wagenzabrike sind hauptsächlich durch größere Nachfrage nach Luxuswagen und Karosserien andauernd rege beschäftigt. Möbel werden immer noch mehr verlangt als hergestellt werden können. Besonders groß ist der Bedarf nach besseren und feinsten Ausführungen. Geübte Möbeltischler werden gesucht. In einzelnen Zweigen der Möbelindustrie wurde ein leichtes Nachlassen der Bestellungen beobachtet. Unter dem Einfluss der Bestellungen hat die Möbelindustrie schwer zu leiden. Die Jalousie- und Holzplattfabriken sind schwach beschäftigt. Die Zischfabrikation rechnet mit der Notwendigkeit teilweiser Betriebsstilllegung infolge Kohlenmangel. Auf 100 Mitglieder waren arbeitslos in unserem Gewerksverein 27, im deutschen Holzarbeiterverbande 0,2.

Der allgemeine Arbeitsmarkt hat mit dem Einsetzen der Erntearbeiten eine geringe Entlastung erfahren, doch der herrschende Kohlenmangel wird bald die Zahl der Arbeitslosen gewaltig steigern lassen. Die Streikstrahlen im Kohlenbergbau werden in ihren Folgen für die Gesamtarbeiterschaft immer deutlicher spürbar. Wir werden einem schlimmen Winter entgegengehen, wenn die Kohlenförderung sich nicht bessert. Wer mutwillig sich ihrer nicht annimmt, schädigt auch die allgemeinen Arbeiterinteressen.

## Vom Holzmarkte.

Die süddeutschen Sägewerke sind gut mit Aufträgen versehen und daher in der Aufnahme freier Bestellungen zurückhaltend. Dimensionsholzer wurden von erster Hand nicht unter 200 M das Kubikmeter baufrei der Verandaplätze in den süddeutschen Erzeugungsgebieten geliefert. Sogenannte Hobelholz nach englischen Abmessungen eingehendene Fichtenware für Hobelzweck, wurde zu 218—223 M das Kubikmeter frei Bahnwagen der bayerischen Verbandsstationen im Allgäu angeboten. Für 16' lange und 1' starke unfortierte Bretter in jägelender Beschaffenheit wurden zuletzt bis zu 190 M ab Verbandsstation verlangt. Die Nachfrage der Großhändler nach dieser Ware blieb rege, bei durchweg kleinen Beständen auf den Sägewerksplätzen war die Eindeckung aber erschwert. Weil um die einzelnen kleinen Mengen meist heftiger Wettbewerb entbrannte, war der ersten Hand die Durchführung erhöhter Preise erleichtert. Den Großhändlern war die Auffüllung ihrer Bestände auf den Stapelplätzen auch neuerdings nicht möglich, weshalb auch die Zwischenhand stets nur beschränkte Mengen anbieten konnte. Der Absatz in fortierten Brettern nach den rheinisch-westfälischen Verbrauchsgebieten war in jüngster Zeit rückwärts. Die Anforderungen an den besseren

